

diözese Santiago und der chilenischen Menschenrechtskommission haben die Menschenrechtsverletzungen wieder zugenommen. Dazu gehören politisch begründete Verhaftungen und Ausweisungen, neuerdings wieder zunehmende Folterungen sowie die Hinhaltepolitik in der Frage der Exilchilenen. Die immer widerkehrenden propagandistischen Zusagen, das Vaterland sei nun bereit, die Exilierten wieder aufzunehmen, haben bisher lediglich dazu geführt, daß von den 30 000 emigrierten Chilenen nur 200 zurückkehren konnten.

Die Bischöfe: zurück zu christlicher und demokratischer Tradition

Die katholische Kirche protestiert nach wie vor als einzige gesellschaftliche Kraft in aller Öffentlichkeit und relativ unbehindert gegen die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die Verletzung der Menschenrechte. Darüber hinaus äußert sie sich immer deutlicher über die autoritäre Staatsauffassung der Diktatur mit dem Anspruch einer Scheindemokratie. So wird in kirchlichen Publikationen, insbesondere der angesehenen

Jesuitenzeitschrift „Mensaje“, die von Pinochet konzipierte „neue Gesellschaft“ als eine Staatsform qualifiziert, „die auf dem Ausschluß der gesellschaftlichen Kräfte und totaler politischer Kontrolle basiert“ (Mensaje, März/April 1983, S. 100).

Die chilenischen Bischöfe artikulieren ihre grundsätzlichen Bedenken sowie ihre Anregungen für eine „konstruktive Lösung“ in einem „Die Wiedergeburt Chiles“ überschriebenen Hirtenbrief, der im Dezember 1982 veröffentlicht wurde und die in den 70er Jahren begonnene Reihe kirchlicher Stellungnahmen zu nationalen Fragen fortsetzt. In einfacher, direkter und unterschiedener Sprache analysieren die Bischöfe die „wirtschaftliche, soziale, institutionelle und moralische Krise der Nation“ und fordern eine Neubestimmung auf die christliche und demokratische Tradition Chiles. Ein Neuanfang beginne mit dem Respekt vor der Menschenwürde: „Jeder Chilene ist ein Kind Gottes, einzigartig, unersetzlich. Sein Leben, seine Freiheit, seine Meinung müssen respektiert werden, auch wenn er anders denkt als wir. Das Vaterland gehört allen, und wir müssen lernen, es wie Brüder zu teilen.“

G. B.

deren Apparat (Verwaltung, Seelsorge, Bildungs- und karitative Einrichtungen).

Die Gemeinschaft der Katholiken, das sind aber in Polen 96 Prozent der Gesamtbevölkerung, die sich nach einer Untersuchung des Instituts für Grundlagenprobleme des Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aus dem Jahre 1980 (1975: 92,1 Prozent) als „gläubig“ bezeichnen (Społeczność polskie w drugiej połowie lat siedemdziesiątych. Raporty z badań pod red. Zbigniewa Sufina, Warszawa czerwiec 1981, S. 335). Die Katholiken verkörpern also *die polnische Gesellschaft in ihrer Ganzheit* und Vielfalt. Die Gemeinschaft der „Gläubigen“ ist in Polen angesichts des geringen statistischen Anteils anderer Konfessionen und der Beinahe-Gleichheit von Katholizismus und polnischer Nation – ein ziemlich getreues und nahezu vollständiges Abbild aller Schichten, Milieus, Altersgruppen und politischen Überzeugungen. Von diesem Katholizismus als *Ausdruck der Gesamtbevölkerung* wurde ganz überwiegend auch das Experiment der „Solidarität“ und der Erneuerung 1980/81 getragen; es war nicht zuletzt das Polen der 34 Millionen Katholiken, das die Entscheidung vom 13. Dezember 1981 über die Verhängung des Kriegsrechtes wie ein Hammerschlag traf. Und es waren schließlich die Engagierten in der „Solidarität“, im Journalismus, in der Literatur, im ganzen Kulturbereich, die nicht alle „gläubig“ waren, aber nicht weniger die katholische Kirche *als geistige Repräsentantin* ihrer nationalen, gesellschaftlichen, moralischen und schließlich auch politischen Ansprüche sahen.

Viele von diesen sind seit dem Ende der Erneuerung verbittert und demoralisiert und mißtrauischer gegenüber jeder Autorität, als dies bereits vor der Ausrufung des Kriegsrechtes der Fall war. Gerade diese Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen und katholisch fühlender Polen hegt gegenüber der Kirche als hierarchischer Institution Erwartungen. Diese Erwartungen sind jedoch so heterogen, wie die Gesellschaft sozial und mental vielfältig ge-

Polen: Kirche unter Druck

Vor einiger Zeit wartete eine bundesdeutsche Zeitung mit der Schlagzeile auf: „Warschau plant Schlag gegen die Kirche“ (Die Welt, 19. 1. 83). Und in den westlichen Medien wird in den letzten Monaten unregelmäßig, aber kontinuierlich berichtet, die katholische Kirche Polens kämpfe mit inneren Spannungen und Konflikten. Die Behörden versuchten Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zwischen verschiedenen Gruppen und Personen innerhalb des Episkopats und des Klerus sowie in der reich gegliederten katholischen Laienbewegung mit den kirchlich und politisch sehr unterschiedlich profilierten Gruppierungen (Znak, KIK, PZKS, Odiss, Pax u. a.) zur Schwächung der politischen Opposition und der Kirche selbst auszunutzen.

Der gesamten Bevölkerung verpflichtet

Noch ist schwer zu sagen, ob es sich dabei um *qualitativ neue* Spaltungs- und Schwächungsversuche im Umgang mit der katholischen Kirche handelt, die über die bisherige Politik hinausgehen. Daß die Regierung bei aller grundsätzlich deklarierten Kooperationsgemeinschaft eine Politik der Nadelstiche betreibt und innerkirchliche Meinungsunterschiede für sich auszunutzen sucht, ist offensichtlich. Dabei steht natürlich nicht nur die Bischofskonferenz und der „höhere“ Klerus, sondern der gesamte polnische Katholizismus im Blickpunkt: sowohl die Kirche als Gemeinschaft *aller* Katholiken *und* die Institution Kirche mit ihrer Hierarchie und

gliedert ist. Die „einfachen“ Menschen ersehnen sich von der Kirche als Institution, vertreten durch ihre Bischöfe und Priester, einen Beitrag zur Hoffnungsstiftung, selbst wenn dieser nicht direkt politisch ummünzbar ist. Sie erhoffen sich psycho-sozialen Schutz, den der Staat und seine Institution nicht geben können: Weite Kreise der Intelligenz, ob katholisch praktizierend oder nur der Kirche wohlgeneigt, erwarten *moralische Unterstützung* in ihrer Abwehrhaltung und Opposition gegenüber Partei und Regierung, in ihrer von offizieller Seite scharf bekämpften Verweigerungshaltung, der sog. inneren Emigration. Und die politische Opposition, wie die Aktivisten der Untergrund-„Solidarität“, erwartet um so mehr Unterstützung oder wenigstens Sympathie seitens der Kirche, je unachtsamter der Staatsapparat gegen sie vorgeht.

An diese ganze Gemeinschaft der Gläubigen muß die Kirche als Amtskirche, als Institution und als Verkünderin der Glaubensbotschaft stets denken, wenn sie sich *unter der gegebenen Situation* zu politisch-gesellschaftlichen Fragen äußert. Sie hat darüber hinaus darauf zu achten, daß die Kirche *Glaubensverkünderin* bleibt und nicht als politisches Instrument mißverstanden wird.

Aber ebensowenig wie der polnische Katholizismus ist die Kirche als Amtskirche ein Monolith. Allerdings tritt sie nach außen als geschlossene Einheit auf. Das ist eine Notwendigkeit und eine Lehre aus der über 35 Jahre währenden Auseinandersetzung und partiellen Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staat. Einheit war Voraussetzung für das Überleben als authentische, unabhängige und kraftvolle Kirche seit 1945. Jeder Versuch der Schwächung und Spaltung des Klerus mußte und konnte so insgesamt erfolgreich abgewehrt werden.

Das bedeutet nicht, daß es keine unterschiedlichen Auffassungen über Rolle und Selbstverständnis der Kirche in Polen gibt. Meinungsunterschiede, seien sie „taktischer“ oder programmatischer Natur, konnten bisher aber weitgehend gegenüber

dem vorrangigen Gebot der Einheit zurückgestellt werden, die bis Mai 1981 durch die übermächtige Autorität des Kardinals *Wyszynski* und dem von ihm bestimmten Weg der Kirche symbolisiert wurde. Die in der Geschichte der Volksrepublik Polen – zumindest nach der Aufbauphase (1948–56) – beispiellose Verschärfung der politischen Gegensätze und der Entfremdung vom Staat nach dem 13. Dezember 1981 traf die Amtskirche ebenso tief wie die katholische Bevölkerung insgesamt.

Selektives Vorgehen von Partei und Behörden

In dieser Situation ist es besonders schwierig, das *Prinzip der Einheit* durchzuhalten und dennoch den Erwartungen aus den verschiedenen Richtungen auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Verschiedene Vorgänge der vergangenen Monate zeigen deutlich, daß von staatlicher Seite Bestrebungen verstärkt werden, innerkirchliche Differenzen in der Weise zu nutzen, daß man den Episkopat als im ganzen eher versöhnlich darzustellen und so vor der Öffentlichkeit für sich zu gewinnen und radikalere Kräfte als in der Kirche isoliert hinzustellen versucht. Ebenso deutlich ist das Bemühen seitens der Hierarchie, dem entgegenzuwirken, indem sie jedenfalls unter sich die Reihen zu schließen versucht.

Demonstrativ haben Polens Bischöfe im Kommuniqué nach ihrer 190. Vollversammlung am 24. Februar 1983 dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Primas *Józef Kardinal Glemp* – aus Anlaß von dessen Kardinalsernennung – volle und ungeteilte Unterstützung zugesagt. Dies hatte angesichts der Kritik, die dem Kardinal von verschiedenen Seiten, auch von Priestern seiner Diözese, wegen seiner angeblich zu konzilianter Einstellung gegenüber der „Normalisierung“ im Lande entgegenschlug, seine besondere Bedeutung. In dem Dokument gaben die Bischöfe ihrer und der ganzen katholischen Gemeinschaft Freude Ausdruck und versprachen „Unterstützung für den Primas bei seinem pastoralen Dienst wie bei seiner

Führung der katholischen Nation während der gegenwärtigen schwierigen Periode in Polens Geschichte“ (zit. nach Radio Vatikan, 25. 2. 83).

Gerade weil der Primas aus gutem Grund und *aus Verantwortung gegenüber der Gesamtbevölkerung* trotz des sehr eng gewordenen Spielraumes gegenüber Regierung und Behörden stets um eine zwar feste, aber dennoch gesprächsbereite Haltung bemüht ist, bleibt es nicht aus, daß von staatlicher Seite der Versuch unternommen wird, den Primas und die von ihm verkörperte Orientierung gegen Teile der Geistlichkeit auszuspielen, die ungesetzliche Übergriffe von Behörden und Sicherheitskräften offener und unverblümter anprangern, wie z.B. der Bischof von Przemyśl, *Ignacy Tokarczuk*, der im Herbst 1982 im Mittelpunkt einer Pressekampagne stand (Rzeczpospolita, 8. 9. 82, u. v. a.), oder Geistliche, die beispielsweise Altäre („Untergrund-Altäre“) mit Symbolen der „Solidarität“ schmücken (vgl. Gazeta Robotnicza, 4. 11. 82) oder auf andere Weise ihre Opposition gegen die gegenwärtigen Verhältnisse demonstrieren (Minister *Adam Lopatka* in: Prawo i Życie, 14, 2. 4. 83).

Angriffe gegen Teile des katholischen Klerus haben allerdings oft eher eine Alibi-Funktion („Wir kapitulieren nicht vor dem Klerikalismus“). Daß sie auch im Sinne der Regierung nur geringen Erfolg versprechen, dürften deren Vertreter als Realisten, die sie doch sein wollen, wissen.

Deshalb müssen auch die Wirkung und der Umfang der kürzlich in den westlichen Medien gemeldeten „*Aktion Rabe*“, die vom polnischen Sicherheitsdienst ausgeht, nüchtern bewertet werden: Es wird berichtet von Aufzeichnungen einer internen Schulung des Sicherheitsdienstes, in denen in Anlehnung an die Unterscheidung bei den Mitgliedern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ zwischen „Extremisten“ und „Verständigungsbereiten“ der Begriff des „extremistischen Priesters“ eingeführt wird. Mit Hilfe dieses Begriffs werde der Anschein erweckt, daß die Mehrheit der Priester Eintracht mit den staatlichen Behörden wünschte und nur ein un-

bedeutender Teil gegen eine Übereinkunft mit dem Staat sei. Alle Wojewodschaftskommandaturen der Bürgermiliz (Polizei) besaßen Listen von „extremistischen“ Priestern aus ihrem Gebiet; sie besaßen ebenfalls Listen von Priestern, die übermäßig Alkohol genießen und den Zölibat nicht achten oder die mit den kirchlichen Behörden zerstritten sind. Die letzteren sollten als Konfidenten im Falle einer Verhaftung benutzt werden. Die Priester aus dieser zweiten Liste würden von den Bischöfen nicht verteidigt.

Als Beispiel wird der Fall des Priesters *Sylwester Zych* aus Otwock herangezogen, der von seinem Bischof nicht in Schutz genommen wurde, obwohl die Jugendgruppe in Otwock, die für die Polizei Anlaß zum Einschreiten war, von Provokateuren organisiert worden sei und Zych als Opfer der Provokation hineinziehen sollte. Unter Funktionären des Sicherheitsdienstes spreche man darüber ganz eindeutig. Die Provokation sei gelungen und der Bischof in Schach gehalten worden (Kontakte/Paris 2/1983, S. 42f.). In anderen Fällen, die im Westen bekannt wurden, sind Priester wegen staatsfeindlicher Predigten, Zusammenarbeit mit Terroristen, Teilnahme an Unruhen u. a. angeklagt worden.

Eine Gratwanderung

Aus den Aufzeichnungen des Sicherheitsdienstes geht aber auch hervor, daß ein frontaler Angriff auf den Klerus nicht vorgesehen ist. Die Behörden wissen, daß sie eine *offene* Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche gegenwärtig am wenigsten gebrauchen können. Sie suchen auf der Basis des Regimes weiter einen *Modus vivendi* mit ihr, der ihnen das Regieren erleichtern soll. Von der Kirche werden die Gefahren, die für ihre Einheit aus dem selektiven Vorgehen der Behörden erwachsen, durchaus erkannt. Da sie nicht das erste Mal vor der Aufgabe steht, ihre Integrität zu bewahren und das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten, weiß sie, welche Schlüsse sie aus der Vergangenheit zu ziehen hat. Das Vorgehen des Staates wird an der Haltung der Bischöfe nichts ändern, die trotz allem auf Versöhnung ausgerichtet ist und den Haß und die Spaltungen in der Nation überwinden helfen will. Das ist eine Gratwanderung. Der „niedere“ Klerus, der vor Ort arbeitet, weiß am besten, wie schmal der Grat zwischen notwendiger Anpassung an die Realitäten und der Gefahr des Glaubwürdigkeitsverlustes ist.

D. B.

rer zeuge, als politische Subversion abstempeln. Ebenso sei das Verhältnis von Kirche und Staat eindeutig geregelt, und zwar nicht zuletzt durch die Verfassung der Philippinen. Unausgewogenheit bestehe allein *in der Beziehung zwischen dem Volk und dem Staat*, und so sei es Aufgabe der Kirche, den Menschen dort beizustehen, wo der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nicht voll nachkomme.

Als Grundpfeiler einer „gerechten Gesellschaft“ nannte Kardinal Sin vier Elemente: 1) Achtung vor der persönlichen Würde des Menschen als eines geheiligten Geschöpfes Gottes; 2) gesellschaftlicher Pluralismus, der den einzelnen Gruppen der Gesellschaft ein Recht auf freie Entfaltung und eine eigene Meinung zugestehet; 3) soziale Gerechtigkeit; 4) Informationsfreiheit. Er räumte ein, in der Vergangenheit habe es in der staatlichen Politik Ansätze gegeben, einige der Grundforderungen zu verwirklichen (etwa Agrar-Reformen), doch profitierten gerade die Randgruppen der Gesellschaft kaum von diesen Maßnahmen. Darüber hinaus hätten die *weit verbreitete Korruption* und die Aufrüstung der Armee in technischer, aber leider nicht moralischer Hinsicht eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen, die selbst gut gemeinte Ansätze im Keim ersticken lasse.

Philippinen: Die Kirche setzt sich zur Wehr

Der Erzbischof von Manila, Kardinal *Jaime L. Sin*, bezog erneut in prononcierter Form Stellung zu dem seit langem schwelenden Konflikt zwischen Kirche und Staat auf den Philippinen. Am 12. März hielt er vor der Generalversammlung der „Bishops-Businessmen's Conference for Human Development“ eine Rede, in der er vor den 150 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kirche nicht nur auf die Ursachen der Spannungen einging, sondern auch Wege zu deren Lösung aufzuzeigen versuchte. Von besonderer Bedeutung war, daß der Veranstaltung als Ehrengast Premierminister *Cesar Virata* beiwohnte, der designierte Nachfolger von Staatspräsident Ferdinand Marcos.

Ein Vorschlag Kardinal Sins

In Anlehnung an seine im Februar 1982 vor der Philosophischen Fakultät der St.-Thomas-Universität gemachten Ausführungen (vgl. HK, November 1982, 540) betonte Kardinal Sin, eine gerechte politische Gemeinschaft setze ein angemessenes *Zusammenwirken von Kirche, Staat und Volk* voraus. Hierbei verstehe sich die katholische Kirche entsprechend der christlichen Lehre eindeutig als eine „Kirche des Volkes“ und damit gerade auch der Armen und Unterdrückten. Es sei deshalb absurd, wolle man den Einsatz der Kirche für die ihr anvertrauten Menschen im Namen des Evangeliums, von dem das Blut vieler Märty-

Den *Hauptgrund* für die gegenwärtig gespannte Situation sieht Kardinal Sin darin, daß der Staat den Bürgern keine Möglichkeit gebe, in Freiheit verantwortungsbewußt am Aufbau des Staates mitzuwirken. „Ohne Freiheit kann es keine wirkliche Achtung vor der Heiligkeit des Menschen geben, keine Tolerierung von Dialog und Andersdenken, keine Gerechtigkeit, keine Wahrheit.“ Er fordert deshalb zu einer „wahren Versöhnung“ auf, zu einer „*conspiratio plurium in unum*“ im ursprünglichen Sinne. Als einen ersten Schritt zu einer nationalen Versöhnung schlägt er dabei die *Bildung eines Rates geachteter Persönlichkeiten* vor, der Anregungen aus der Bevölkerung zu allen relevanten Fragen aufgreifen und Präsident Marcos dann entsprechende Vorschläge zur Behebung der